

KURZ UND PRÄGNANT

Schlecker-Filialen

„Mit dem Aus für fast 70 Schlecker-Filialen in Thüringen sind nicht nur fast 200 Mitarbeiterinnen – es sind vorwiegend Frauen – existenziell betroffen. Die Schließung bedeutet auch ein Ende für die oft einzigen Verkaufsstellen im ländlichen Raum. Damit werden die Kommunen in Thüringen ärmer und verlieren an Lebensqualität, denn mit jeder geschlossenen Verkaufsstelle stirbt auch ein Stück Alltagskultur in der Region“, sagte MdL Ina Leukefeld. „Die Solidarität der LINKEN gilt den Beschäftigten, denn es kann nicht angehen, dass nur noch auf große Märkte am Rande der Zentren gesetzt wird.“ Notwendig sei die Sicherung der Lebensqualität auf dem Land, wo zunehmend ältere Menschen leben. Die Abgeordnete forderte von der Landesregierung eine Strategie zum Erhalt von kleinen Dorfläden. Sie erinnerte an Beispiele, wie Bürgerläden, Dorfkonzum und andere Möglichkeiten der Nahversorgung, zu denen auch die Gründung von Genossenschaften gehöre. Allerdings brauchten diese Formen Anschubfinanzierung, logistische Hilfe und Begleitung. Ein alternatives Konzept, das bereits vor vielen Jahren von der Gewerkschaft entwickelt wurde und in der Schublade verschwand, weil es keiner haben wollte, könnte dafür eine Diskussionsgrundlage sein. ■

Barrierefrei wählen

„Menschen mit Behinderungen müssen selbstbestimmt, eigenständig, ohne Barrieren und ohne auf Hilfspersonen angewiesen zu sein, wählen können. Diese UN-Vorgabe muss auch in Thüringen umgesetzt werden. Deshalb stellt DIE LINKE Änderungsanträge zum Landeswahlgesetz erneut im Landtag zur Abstimmung“, kündigte Karola Stange. Gefordert werden u.a. die flächendeckende Barrierefreiheit von Wahllokalen in ganz Thüringen und die Bereitstellung von Hilfsmitteln zur Stimmabgabe, wie z.B. Wahlschablonen für Menschen mit Einschränkungen des Sehsinns.

Auch für das Kommunalwahlgesetz besteht dringender Handlungsbedarf. Daher fordert die LINKE-Behindertenpolitikerin, dass beim kommunalen Urnengang am 22. April und 6. Mai die zuständigen Behörden die bestehenden Regelungslücken im Kommunalwahlrecht durch entsprechende eigene Aktivitäten schließen sollen, „schon weil die Thüringer Verfassung in Artikel 2 Absatz 4 tatsächliche Gleichstellung und umfassende Teilhabe am Leben der Gesellschaft für Menschen mit Behinderungen verlangt. Dazu gehört auch größtmögliche Eigenständigkeit bei der Stimmabgabe“. ■

Für eine generellen Abschiebestopp

Sabine Berninger und Matthias Bärwolff nach der Kosovo-Reise des Innenausschusses

Nach der Auswertung der Delegationsreise des Innenausschusses des Thüringer Landtags vom 5. bis 9. März in das Kosovo und den dort geführten Gesprächen mit Vertretern der kosovarischen Regierung und nichtstaatlichen Organisationen schlägt die Fraktion DIE LINKE eine Erweiterung des Antrags zum Abschiebeverbot von Roma und Ashkali in den Kosovo vor.

„Der Antrag von Bündnis90/Die Grünen sah einen sogenannten Wintererlass zur Aussetzung von Abschiebungen in Länder des Balkans während der kalten Wintermonate vor, weil hier die Gefahren für Gesundheit und Leben der zwangsweise abgeschobenen Menschen besonders hoch sind. Nach der Kosovo-Reise des Innenausschusses, bei der die Lebenssituation von aus Deutschland abgeschobenen Menschen in den Blick genommen wurde, müssen wir feststellen, dass eine humanitäre Flüchtlingspolitik ganz unabhängig von der Jahreszeit unvereinbar ist mit den Abschiebungen“, sagte Sabine Berninger, migrationspolitische Sprecherin der Linksfraktion, die zusammen mit MdL Matthias Bärwolff an der Reise teilgenommen hatte.

„Die im Kosovo lebenden Menschen sind in Europa besonders von Armut betroffen. Für die Angehörigen sogenannter ethnischer Minderheiten, wie Roma und Ashkali, spitzt sich diese Armut nochmals zu. Besonders gravierend ist dann aber die Lebenssituation für zwangsweise abgeschobene Roma und Ashkali, wie UNHCR oder auch die KFOR bestätigten. Es ist nicht Aufgabe des Parlaments, Abschiebungen in erbärmliche Lebensbedingungen sicher-

zustellen, sondern Menschen vor derartigem existenzbedrohenden und inhumanem Verwaltungshandeln zu schützen“, so Sabine Berninger.

Alle Hilfsorganisationen (NGOs) machten glaubhaft deutlich, dass die wirklich fortschrittlichen Absichtserklärungen der kosovarischen Regierung – festgeschrieben in der Verfassung, rechtlich bindenden Erlassen etc. – bisher nicht in der Realität wirksam werden. Kosovo ist ein sehr armes Land (34 Prozent der Menschen leben – mit 1,56 Euro/Tag – in Armut, 12 Prozent – mit 1,02 Euro/Tag in extremer Armut) mit unwahrscheinlich hoher Arbeitslosigkeit (40 Prozent der gesamten Bevölkerung, über 70 Prozent der jungen Menschen unter 25 Jahre sind arbeitslos). Und ob man einen Job bekommt, hängt nicht davon ab, was

man kann, sondern wen man kennt. Und hier haben natürlich Angehörige der Minderheiten, die lange außerhalb des Kosovo gelebt haben, die aller schlechtesten Chancen.“

„Auch in der Gesundheitsversorgung haben nur die Bestnetzten Zugang zu Medikamenten und möglicherweise kostenfreien gesundheitlichen Leistungen, wie es Unicef ausdrückte. Und besonders die Kinder leiden sehr unter der Situation, gerade für die psychischen Folgen gibt es kaum Behandlungsmöglichkeiten, schon gar nicht vor Ort oder bezahlbar, und auch ein Schulbesuch ist für drei von vier zurückgekehrten Kindern aus den unterschiedlichsten Gründen nicht möglich“, so Matthias Bärwolff. ■

Besichtigung der Roma Mahalla in Mitrovica

Die Roma hätten im Konflikt (1999) die serbische Seite unterstützt, vor 1999 lebten über 8.000 Menschen hier. Die Mehrzahl der Gebäude sei zerstört worden. Ca. 150 Familien (etwa 600 Menschen) seien von der UN-Verwaltung in den Norden (in die Nähe einer Abraumhalde) umgesiedelt worden. Die Blei-Konzentration sei fünf Mal höher als normal. Bei mehr als 100 Kindern seien wiederholt die Blutwerte überprüft und für zu hoch befunden worden, eine zusätzliche Behandlung sei erforderlich. Aktuell gebe es den Versuch, die Roma wieder in den Süden umzusiedeln.

Aus dem Reisetagebuch von Sabine Berninger und Matthias Bärwolff. Ausführlich in Wort und Bild im Internet: www.die-linke-thl.de



Armutsfeste, solidarische Rente Senioren-Mitbestimmung

Mit Blick auf den Weltverbraucher-tag am 15. März und das dazu von der Verbraucherzentrale Thüringen hervor gehobene Thema der Vermeidung von Altersarmut hatte die verbraucherpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Heidrun Sedlacik, auf die dramatische Niedriglohnentwicklung, die geringen Haushaltseinkommen in Thüringen und die Forderungen der LINKEN nach grundlegenden Kurskorrekturen hingewiesen.

Laut Sozialstrukturatlas von 2011 müssen in Thüringen 15,8 Prozent der Haushalte mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 900 Euro auskommen, 18,4 Prozent haben ein Einkommen zwischen 900 und 1.300 Euro. Fast jeder zweite sozialversicherungspflichtig Vollzeitbeschäftigte in Thüringen arbeitet im Niedriglohnbereich. „Das heißt, mehr als ein Drittel der Thüringer Haushalte sind akut armutsgefährdet.“ Heidrun Sedlacik spricht von alarmierenden Fakten, zu

denen auch gehöre, dass nach einem Gutachten des VdK für Thüringen in der Zeit von 2008 bis 2020 von einer Versechsfachung der Empfänger der Altersgrundsicherung ausgegangen wird. Die LINKE fordert existenzsichernde, unbefristete, sozialversicherungspflichtige Arbeit. Sie tritt für eine armutsfeste solidarische Rente ein, die paritätisch von Beschäftigten und Unternehmen finanziert wird. Zu kritisieren ist die Thüringer CDU-SPD-Regierung, die sich im Bundesrat bei der Abstimmung über einen bundeseinheitlichen Mindestlohn der Stimme enthalten hat.

„Die Rentenreform stellt nur ein Flickwerk dar. Es muss strategisch und mutig gehandelt werden, besonders in der Arbeitsmarkt- und die Rentenpolitik. Die Lösung liegt auf keinen Fall in der privaten Altersrente, sondern in einer weiterentwickelten gesetzlichen und paritätisch finanzierten Rente“, betonte die Abgeordnete. ■

Die Anhörung des Sozialausschusses zum Seniorenmitwirkungsgesetz, einem Gesetzentwurf der Landesregierung, hat nach Auffassung von MdL Karola Stange die Forderungen der Linksfraktion nach mehr Seniorenmitbestimmung bestätigt. „Viele der Angehörten, wie der Schutzbund der Senioren und Vorrühständler, die Volkssolidarität oder die DGB-Seniorenvertretung, haben sich für ein solches Mitbestimmungsgesetz – wie es übrigens die LINKE bereits im vergangenen Jahr vorgelegt hat – ausgesprochen.“ Sie forderten eindeutige Formulierungen, damit z.B. die Kommunen verpflichtet werden, Seniorenbeiräte vor Ort zu installieren. „Seniorenbeauftragte, die auch hauptamtlich tätig sein sollten, sind wichtige Bindeglieder zwischen den 38 in Thüringen arbeitenden Seniorenbeiräten.“ Landesregierung und Parlament „brauchen keine Schau-Institutionen, sondern die ehrliche Sicht der Seniorenverbände.“ ■